



Komitee
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

EU-No

Postfach, 3001 Bern
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

EU-No Newsletter vom 04. April 2019

NEIN zur EU-Anbindung

Mit dem nun vorliegenden Rahmenabkommen (institutionelles Abkommen) mit der EU würde die Schweiz ihre Demokratie und ihre Unabhängigkeit verlieren. Wenn wir dieser Anbindung an die EU-Institutionen zustimmen, würden wir unsere politische Kultur und Eigenständigkeit aufgeben. Diese institutionelle Einbindung verstösst gegen unsere fundamentalen Staatssäulen: Direkte Demokratie, Föderalismus, Eigenständigkeit und Freiheit.

Beim Rahmenabkommen müssen wir einen Grundsatzentscheid fällen. Wollen wir unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung behalten oder nicht. Das ist **keine Frage von Links oder Rechts.**

Gegenwärtig machen vor allem die Wirtschaftsverbände und jene, die einen EU-Beitritt wünschen Druck, die Schweiz dem institutionellen Diktat der EU zu unterstellen. Spätestens nach den Wahlen im Herbst werden dann leider auch fast alle Parteien einknicken und ihre eigenen Werte und Ansichten dem EU-Zentralismus opfern. Dem müssen wir uns entgegenstellen und alles Erdenkliche tun, um diesen Knechtschaftsvertrag zu verhindern.

Das Ende der bilateralen Beziehungen

Der Bundesrat konnte sich bisher nicht zu einer Unterzeichnung dieses Abkommens durchringen, weil dieser Vertragsentwurf die Gleichberechtigung der Verhandlungspartner annulliert. Solange der bilaterale Weg beschritten wurde, verhandelten zwei Partner – die Schweiz und die EU – gleichberechtigt auf Augenhöhe. Mit dem Rahmenabkommen erlässt die EU jedoch einseitig Gesetze, die die Schweiz automatisch übernehmen muss. Der EU-Gerichtshof EuGH wird als oberste Gerichtsinstanz installiert. Das Gericht der Gegenpartei würde dann über uns bestimmen. Zudem werden Sanktionen und Strafandrohungen im Vertrag verankert. Neue Guillotinekláuseln sollen die Schweiz noch enger an die EU fesseln. Dies würde das Ende der Beziehungen Schweiz-EU auf Augenhöhe und zwischen gleichberechtigten, bilateralen Partnern bedeuten. Die Schweiz würde zu einem **Vasallenstaat der EU.**

«Sie bezeichnen ja das Rahmenabkommen schon als stepping stone, zu Deutsch: Einstieg oder Sprungbrett in die EU.»

Prof. Dr. Paul Widmer



Komitee
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

EU-No

Postfach, 3001 Bern
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

Rechtsunsicherheit

Das institutionelle Rahmenabkommen Schweiz-EU schafft zudem sehr viel Unsicherheit und auch Verwirrung. Das hat auch die Anhörung von Experten in der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats gezeigt. In den Forderungen der EU sind diverse Fallstricke eingebaut, die Rechtsfolgen mit sich ziehen, die wir nicht abschätzen können. **Wir kaufen damit die Katze im Sack.** Das Abkommen wird zu juristischen Streitereien und Bürokratie führen, was lähmend für die Politik und Wirtschaft sein wird. Eine dynamische Regulierungsübernahme ist zudem generell das Gegenteil von Rechtssicherheit.

«Mit dem Nachvollzug von EU-Recht läuft die Schweiz Gefahr, die Überregulierung und Bürokratie der EU übernehmen zu müssen.» Unternehmer Hans-Jörg Bertschi

Obwohl das Abkommen sich offenbar vordergründig nur auf die fünf sektoriellen Abkommen zur Personenfreizügigkeit, zum Land- und Luftverkehr, zu den technischen Handelshemmnissen und zur Landwirtschaft bezieht, hat es weitreichendere Folgen. So werden einerseits zukünftige Abkommen – wie ein Stromabkommen oder Dienstleistungs-abkommen – ebenfalls unter die Regelungen des Rahmenabkommens fallen und andererseits ist bereits das Freihandelsabkommen von 1972 als Teil der institutionellen Anbindung im Abkommen eingebaut. Damit verbunden werden auch noch viele zusätzliche Politikbereiche, wie etwa die Kulturpolitik, Sportförderung, Wirtschaftspolitik und Standortförderung, Tourismusförderung, der Service Public, Wasser- und Stromversorgung von den institutionellen Mechanismen erfasst. Es geht um Privatisierungen und Subventionen sowie um Steuerrecht und weitere Herausforderungen. Höhere Steuern und Abgaben, die Bedrohung der Landwirtschaft (Agrarhandel und Unterbindung der Direktzahlungen) sowie erzwungene Gentechnik wären nur einige konkrete Bereiche, die ebenfalls betroffen wären. Am schwersten wiegt jedoch die **«Dynamisierung»** und **Zementierung der Personenfreizügigkeit!** Daraus folgen höhere Sozialkosten und die Ausschaffungen krimineller EU-Ausländer würde verunmöglicht. Die Unionsbürgerschaft ist für die EU integraler Bestandteil der Personenfreizügigkeit. Das heisst die Übernahme des Unionsbürgerrechts könnte früher oder später erzwungen werden, mit weitreichenden Folgen für die Schweiz.

«Die künftige Erpressbarkeit der Schweiz gegenüber der EU wäre vorprogrammiert.» Konrad Hummler



Komitee
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

EU-No

Postfach, 3001 Bern
PC: 85-126820-7, info@eu-no.ch

Zerstörung des Schweizer Föderalismus

Wahrlich, das institutionelle Rahmenabkommen ist ein Angriff auf die Schweiz und ihre Werte. Unser Föderalismus und unsere Freiheit werden unter dem Deckmantel der «Rechtsharmonisierung» angegriffen. Kantone, Gemeinden und Städte hätten immer weniger Handlungsspielraum. Immer weiter weg von der betroffenen Bevölkerung und von der Praxis der Menschen und Unternehmen würden Entscheidungen getroffen.

Über die Regulierungen und Zentralisierung im Bereich der staatlichen Beihilfen könnte die EU der Schweiz vorschreiben, wie die Steuergelder eingesetzt werden. Dies könnte zu tiefgreifenden Umstrukturierungen und Privatisierungswellen führen. Vereine könnten ihren Support verlieren. Gleiches gilt für Spitäler, Kantonbanken und kantonale Gebäudeversicherer sowie die Landwirtschaft.

«Wir wollen nicht über das institutionelle Abkommen beziehungsweise über das Freihandelsabkommen neue Interventionen der EU im Steuerbereich. Aber auch der Tourismus könnte tangiert sein, die Stromwirtschaft und andere Service-public-Bereiche.» St. Galler CVP-Regierungsrat Benedikt Würth

Ein noch stärkeres Bauernsterben könnte die Folge sein, was die Ernährungssicherheit stark bedrohen könnte. Was da wohl noch alles kommen mag? Das Abkommen wurde auch schon als «Wundertüte» bezeichnet. Inzwischen zeigt sich jedoch, dass das Abkommen viel weniger eine Katze im Sack ist, sondern vielmehr ein **Wolf im Schafspelz!** Wir wissen jetzt was drin steht und die negativen Auswirkungen für die Schweiz werden immer offensichtlicher.

Obwohl immer mehr Kritik kommt und die Liste der betroffenen Bereiche immer grösser wird, fallen die Befürworter des Abkommens in einen Modus, wo die Verpackung schöngeredet wird. Es dürfe nicht über die Details des Abkommens geredet werden oder man müsse einfach aus «Vernunft» Ja sagen, so die Blendgranaten.

Wenn die Argumente offenbar nicht mehr greifen, müssen Schlagworte und Plattitüden her.

Wir sagen, wie auch immer das Rahmenabkommen jetzt schöngeredet wird, am schlechten Inhalt ändert sich nichts. Es ist ein Knechtschaftsvertrag. Wir kaufen damit den Wolf im Schafspelz.

Dazu sagen wir Nein:

- **Nein zum Rahmenabkommen**
- **Nein zur institutionellen Einbindung**
- **Nein zum schleichenden EU-Beitritt**